



Rundbrief 4 / 2021



Braunschweig  
im  
Oktober 2021  
Tischri/Cheschwan 5781

# Erinnern für die Zukunft

**Sachor** **beziehungsweise** **9. November**

Die biblische Aufforderung „Sachor“ bedeutet „erinnere dich“. Am 9. November gedenken Christinnen und Christen der Pogrome von 1938, Jüdinnen und Juden gedenken am Jom HaSchoah der Ermordeten. Wir brauchen die Erinnerung an das Unrecht, um Zukunft zu gestalten – ohne Antisemitismus. Geh denken!



[www.juedisch-beziehungsweise-christlich.de](http://www.juedisch-beziehungsweise-christlich.de)

#beziehungsweise: **jüdisch und christlich – näher als du denkst**



Evangelische Kirche  
in Deutschland



2021

JÜDISCHES  
LEBEN IN  
DEUTSCHLAND



Verband der  
Jüdischen Gemeinden  
in Deutschland  
Jüdisches Leben  
in Deutschland

## Eine jüdische Stimme

Der 9. November ist ein Gedenktag für alle jüdische Gemeinden in Deutschland, denn es gab keine Stadt und keinen Ort, wo 1938 nicht Synagogen brannten oder verwüstet, Friedhöfe geschändet, Geschäfte zerstört und Menschen ins Konzentrationslager verschleppt wurden. Das Novemberpogrom 1938 markiert das Ende einer von Juden während des ganzen Zeitalters der Emanzipation gehegten Hoffnung darauf,

gleichberechtigter und willkommener Teil der deutschen Gesellschaft zu werden. Die zutage getretene Brutalität der Täter und die Gleichgültigkeit weitester Bevölkerungskreise zerstörten das deutsch-jüdische Selbstverständnis, zu diesem Land zu gehören. Über die konkreten Grausamkeiten an jüdischen Menschen und Stätten hinaus steht dieses Datum für das Ende des deutschen Judentums. Deshalb bleibt der 9. November Teil der Gedenkkultur hierzulande, selbst wenn mittlerweile mit dem Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar und dem Jom HaSchoah im April auch andere Daten etabliert sind. Vielleicht wurde am 9. November als Gedenktag auch deshalb festgehalten, weil es noch halbwegs möglich ist, die Geschehnisse und den Schrecken der Reichspogromnacht zu beschreiben. Bei den nachfolgenden Ereignissen – den Deportationen, den Massenerschießungen, den Vergasungen, und der Kaltblütigkeit, mit der diese ausgeführt wurden – versagt das Denken und versagt die Sprache. Wie kann man dieser Ungeheuerlichkeiten gedenken? Und wie kann man Worte, Rituale und andere Ausdrucksformen finden, um eine Erinnerungskultur zu entwickeln?

Für das Judentum ist die Verpflichtung des „Sachor“ („Erinnere dich!“) schon in der Bibel verankert: „Gedenke, was dir Amalek getan auf dem Weg bei eurem Auszug aus Ägypten, wie sie dich unterwegs angriffen und deine Nachzügler erschlugen, alle die Schwachen, die hinter dir zurückgeblieben waren“ (Deut 25, 17-18). Diese Verse sind Bestandteil des Schabbats „Sachor“, der jedes Jahr vor Pessach begangen wird. Über die Jahrtausende hinweg musste Israel immer wieder mit Katastrophen umgehen und Wege des Trauerns und Erinnerns finden. Die biblischen Klagelieder beschreiben und beweinen die Zerstörung Jerusalems und seines Tempels im Jahr 587 v.d.Z. durch die Babylonier. Sie wurden zum Lesungstext für den Tisch'ah BeAw und nahmen so auch die Trauer um den von den Römern zerstörten Zweiten Tempel im Jahr 70 und weitere historische Unglücke auf. Vier von fünf Fastentagen im jüdischen Jahreskreis sind dem Gedenken an die Tempelzerstörungen („Churban“) gewidmet, der zum Sinnbild auch späterer, vom jüdischen Volk erlittenen Katastrophen wurde.

Die theologische Interpretation und die liturgischen Ausdrucksformen der Trauer um den Churban waren das Vorbild für die Verarbeitung von historisch erfahrenem Leid und Verfolgungen. Gedenktage wurden und werden in der Regel durch Fasten, das Lesen von Trauergesängen (Kinot), Gebete um Tröstung und den Verzicht auf freudige Anlässe wie Hochzeiten begangen. Das in jüdischer Liturgie so prominente Kaddisch ist ein Produkt

der Trauerarbeit nach dem Ersten Kreuzzug (1096-99); nach den Chmelnizkij-Pogromen in Osteuropa (1648-58) entstand das Gebet El Malé Rachamim, das auch heute Teil jeder Beerdigung und Gedenkfeier ist. Schon seit dem Mittelalter sind die Memor-Bücher vieler Gemeinden überliefert, die die Namen der in den Pogromen ermordeten Mitglieder verewigten und in den Synagogen an bestimmten Schabbatot im Anschluss an den Gottesdienst vor der ganzen Gemeinde verlesen wurden. In Frankfurt/Main war es bis in die Nazizeit hinein üblich, am Schabbat vor Schawuot die Namen der im Ersten Kreuzzug hingemetzelten Männer, Frauen und Kinder zu verlesen. Dieser jahrhundertelange Brauch wurde erst in der Nachkriegszeit aufgegeben.

Warum wurde dieser Brauch dann nicht mehr fortgesetzt? Hier steht das Frankfurter Beispiel für die allgemeine Ratlosigkeit, angemessene Gedenkformen zu finden. Die Schoah ließ sich nicht mehr einordnen in die traditionellen Bewältigungsmuster, die im Kern religiöse Ausdrucksformen waren. Für das Judentum ist die Auffassung zentral, dass Gott sich den Menschen und insbesondere Israel in der Geschichte offenbart. Wohl ist Gott der Schöpfer des Universums, aber Gottes Willen erkennen wir nicht in der Natur, sondern in der Geschichte. Das historische Geschehen ist der Ort, wo sich Gott und Mensch, Gott und Israel begegnen. Die Ermordung eines Drittels des jüdischen Volkes, das Ausmaß der Zerstörung und die Auswahl der Opfer allein auf Grund ihrer Herkunft hatten das Vertrauen in die Existenz Gottes und seines besonderen Bundes mit Israel radikal erschüttert. Was konnte nun noch Sinn des jüdischen Glaubens sein? Ein Gott, der nicht eingreift, wenn jüdische Babys und Kinder getötet, unschuldige Männer und Frauen vergast, blühende Gemeinden vernichtet werden – diese Unfassbarkeit verdichtete sich zur Frage „Wo war Gott in Auschwitz?“.

Etliche Überlebende reagierten mit einer radikalen Ablehnung Gottes, andere bemühten sich um Deutungen des Unerklärbaren. Die Opfer werden mit der hebräischen Formel gewürdigt, dass sie in „Heiligung des göttlichen Namens“ („Al Kiddusch HaSchem“) gestorben seien – ein Versuch, ihnen trotz der Auslöschungsabsicht der Nazis Würde und Gestalt zu verleihen. Gelegentlich von ultraorthodoxen Gruppen vertretene Interpretationen, dass die Schoah eine Strafe für Sünden oder für den Zionismus gewesen sei, wird im Judentum weithin als unzutreffend und zynisch zurückgewiesen. Anstelle nach Gottes Gerechtigkeit solle man eher nach der Verantwortung der Menschen fragen, die die Schoah durch verbrecherisches Handeln wie auch durch Zuschauen und Schweigen

verübten. Der aus Deutschland geflohene Rabbiner Emil Fackenheim beschrieb als 614. Gebot die Verpflichtung, jüdisches Leben zu stärken, an die Opfer und die Verbrechen des Nationalsozialismus zu erinnern und das Judentum nicht untergehen zu lassen. Die Gründung des Staates Israel gilt vielen als Beweis für Gottes Gegenwart in der Geschichte.

An traditionelle Gedenkformen knüpfte das israelische Oberrabbinat an, als es 1950 den 10. Tawet, einen der Trauertage um Jerusalem, zum „Tag des Kaddisch“ für die Ermordeten benannte. Seit 1959 ist Jom HaSchoah der offizielle Gedenktag des Staates Israel, sein Datum im April erinnert an den Beginn des Warschauer Ghettoaufstands und würdigt somit den militärischen und den geistigen Widerstand von Juden und Jüdinnen. Am Vorabend und am Morgen dieses Tages heulen Sirenen, die Menschen halten Schweigeminuten ab; die Entzündung von sechs Fackeln in der Gedenkstätte „Yad Vashem“, die Ehrung von Überlebenden und die Verlesung von Erinnerungsberichten sind feste Bestandteile dieser Gedenkkultur geworden. Inzwischen wird auch in jüdischen Gemeinden weltweit der Jom HaSchoah begangen. Vielerorts wird die alte jüdische Tradition der Memor-Bücher aufgenommen, indem öffentlich die Namen der Ermordeten verlesen werden. Werke der Bildenden Kunst, der Literatur, Musik, Theater und Film bemühen sich um künstlerische Formen des Gedenkens. Daneben wird historische Forschung als unverzichtbar betrachtet, um zu erinnern und die Geschichte zu verstehen. Das Gebot des „Sachor“, des Erinnerns und des Gedenkens, ist untrennbarer Bestandteil jüdischer Identität in Vergangenheit und Gegenwart, in Deutschland sicherlich noch mehr als anderswo.



**Rabbiner Dr.in Ulrike Offenber** ist eine deutsche (liberale) Rabbinerin. Sie wurde am 2. Dezember 2016 in

Hameln zur Gemeinderabbinerin ordiniert

## Eine christliche Stimme

»Zwei und ein halbes Jahr stritten die vom Lehrhaus Schammais mit denen des Lehrhauses Hillel über die Konsequenzen des bösen Tuns der Menschen. Die einen sagten: Es wäre dem Menschen dienlicher, wenn er nicht erschaffen worden wäre.

Die anderen sagten, es ist dem Menschen dienlicher, dass er erschaffen worden ist. Sie stimmten ab und kamen zu dem Schluss: Es wäre dem Menschen zwar dienlicher, er wäre nicht erschaffen worden, da er nun aber

erschaffen sei, soll er seine Geschichte bedenken und sein Tun in der Zukunft.« (Babylonischer Talmud, Eruvin 13 b)

Ein hochaktueller uralter Text, der für die Frage nach Wegen der Erinnerung und des Gedenkens als Ausgangstext nicht nur am 9. November taugt. Zukunft ist Erinnerung und alle Versuche, ohne den Prozess die eigene »Geschichte zu bedenken«, »zu tun«, also handlungsfähig zu werden, werden scheitern. Dabei macht dieser Text auch auf eine Orientierung deutlich, ohne die Erinnerung nicht auskommt. Denn wie wir auch wissen, ist Erinnerung nicht per se auf eine Zukunft in Gerechtigkeit und Frieden ausgerichtet. Es gibt auch Erinnerung an vergangene durch Gewalt entstandene Größe oder eben auch leider Erinnerungen an die Nazizeit, die sich nach so einer germanischen Herrschaft sehnen, oder nach einem weißen Europa.

Biblich geht es aber um die Vermeidung von gewaltvollem bösen Tun. Es geht um Erinnerung, die Ernst macht mit der Ebenbildlichkeit Gottes aller Menschen und damit eben der Teilhabe und der Gleichwertigkeit aller Menschen. Nun ist der Talmud kein christlicher Text. Dass wir ihn überhaupt als Christ\*innen wertschätzend wahrnehmen, ist wohl auch ein Ergebnis von Erinnerung. Erinnerung daran, dass unsere Kirchengeschichte vor Missachtung und Gewalt gegen Juden nur so strotzt und dass wir uns von dieser Missachtung abkehren müssen – Erinnerung als Umkehr. Denn diese eigen Gewaltgeschichte zu bedenken und danach zu tun, führt uns in eine demütigen und wertschätzenden Zugang zu jüdischem Denken und zu der Frage, warum musste diese Schwester im Glauben, das Judentum, von Christ\*innen so abgewertet, diskriminiert und verfolgt werden. Diese Frage ist am 9. November heute besonders naheliegend. Damals war dieses Be- und Gedenken leider sehr rar. Einer, der das am Bußtag 1938 tat, war Helmut Gollwitzer:

„Wer soll denn heute noch predigen?... Ist uns nicht allen der Mund gestopft an diesem Tage?... Was hat nun uns und unserm Volk und unserer Kirche all das Predigen und Predighöern genützt, die ganzen Jahre und Jahrhunderte lang...?“ Er endet damit, dass Jesus Christus darauf wartet, dass wir dem Nächsten da draußen im November 1938, der „notleidend, schutzlos, hungernd, gejagt und umgetrieben von der Angst um die nackte Existenz...“ ist, dass wir Buße tun, dass wir unser antijüdisches Tun bedenken und - dass wir umkehren.

Der 10. November ist Luthers Geburtstag, was nicht wenigen Anlass war, seine antijüdischen, ja protoantisemitischen Gewaltphantasien 1939 in Erfüllung gehen zu sehen.

Nun hat sich in den Jahrzehnten nach 1945 doch viel getan in unseren Kirchen und in mancher akademischer Theologie. Wir sollten das angesichts der so langen Zeit der Judenfeindschaft unserer Kirchen und der so kurzen Zeit der Umkehrphase nicht gering schätzen. Allerdings sollte uns auch kein Stolz angesichts der vollzogenen Wandlungen befallen. Paulus würde das wohl mit seiner schönen Formulierung aus anderen Kontexten aus Kopf und Herzen schlagen: „Sollen wir uns dessen rühmen, das sei ferne!“

Aber so grundlegend wir die Position zum Judentum auch neu formulieren, wir legen zu oft keine Rechenschaft darüber ab, warum es denn in der Kirchengeschichte zu dieser gewaltförmigen Negativsicht auf das Judentum gekommen ist. Welche Mechanismen waren wirksam und welchen müssen wir immer noch Aufmerksamkeit widmen. Zusätzlich – und hier ist sicher eine Brücke in die säkularen Aufarbeitungskontexte – hört auch im christlichen, vielleicht in jedem kulturellen Gedächtnis, der – biblisch theologisch gesprochen „sündige“ - Hang zur Selbsteidalisierung nicht auf, der sich mit gebrochenen und fragmentierten unsicheren Selbstbildern nicht abzufinden vermag.

Das scheint mir zu (mindestens) zwei parallelen Strängen christlicher Erinnerung zu führen:

1. Kann es uns immer noch mit Gollwitzer angesichts der Ungeheuerlichkeit kirchlichen Verrates an den jüdischen Geschwistern, der eben nicht mit dem Naziregime begann, einfach die Sprache verschlagen. So dass auch heute noch Schweigen manchmal angemessener ist als wortreiches Gedenken.

2. Müssen wir und dürfen wir sprechen von dem Versagen und ja auch wenn es etwas unmodern geworden ist von Schuld, aber eben auch von dem Dank für alle jüdischen Gesprächspartner\*innen, die uns und mit denen wir den Reichtum jüdischer und damit auch biblisch theologischer Denkwelten neu oder überhaupt erst entdeckten und damit auch eine neue Form von Christ\*in sein.

Solches Erinnern bedeutet dann auch eine Verantwortungsübernahme, also ein Tun, die um die eigene Gefährdung weiß, in der Theologie wie auch in unseren Gottesdiensten in antisemitische Muster zu verfallen, oder die, den Prozess des Bedenkens und Tun für nun doch wohl abgeschlossen zu erklären.

Solches Erinnern verändert unser kirchliches Handeln immer wieder neu, wie auch, wenn es gelingt, die Gesellschaft um uns herum.

Solches Erinnern füllte den manchmal so schwer zugänglichen Begriff der lebensspendenden Gnade, die keine billige ist, sondern durch die Untiefen der Verzweiflung an dieser Kirchengeschichte durchschreitet. Denn Erinnerung ist Aufruhr auch gegen die eigenen bis in die Gegenwart wirksamen jüdenfeindlichen Traditionen. Solche Erinnerung gestaltet Zukunft. Gehen wir denken und tun danach.



**Dr. Christian Staffa** studierte ev. Theologie in Berlin, Tübingen und Prag. Von 1999 bis 2012 war Staffa Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (ASF). Seit November 2013 ist er Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche/Bildung an der Ev. Akademie zu Berlin. 2019 wurde er vom Rat der EKD zum "Beauftragten für den Kampf gegen Antisemitismus" berufen.

## Kontinuität und Bruch

Über 1700 Jahre jüdisches Leben zwischen Rhein und Oder  
Micha Brumlik

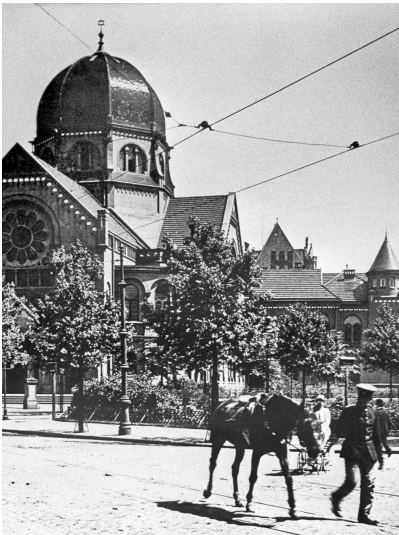


Foto: dpa

Die 1906 im neoromanischen Stil errichtete Synagoge am Bornplatz in Hamburg wurde 1938 zerstört und schließlich abgerissen.

**Das jüdische Leben im heutigen Deutschland ist mindestens 1 700 Jahre alt. Das wird derzeit groß gefeiert. Seit der ersten urkundlichen Erwähnung einer jüdischen Gemeinde in Köln durch Kaiser Konstantin haben sich Zeiten der Blüte und der Verfolgung immer wieder abgelöst. Ein Überblick über eine wechselvolle Geschichte vom emeritierten Pädagogikprofessor und**

**jüdischen Gelehrten Micha Brumlik**

Jüdische Geschichte in Deutschland ist – wie alle jüdische Geschichte – durch eine Dialektik von Kontinuität und Bruch geprägt. Dafür steht idealtypisch der in diesen Tagen entbrannte Streit in Hamburg um den

Wiederaufbau der 1906 im neoromanischen Stil errichteten Synagoge am Bornplatz, die 1938 zerstört und schließlich abgerissen wurde. Bund und Land sind derzeit bereit, diese Rekonstruktion mit 130 Millionen Euro zu finanzieren, auch die jüdische Gemeinde befürwortet mehrheitlich den Wiederaufbau.

Allerdings haben sich kürzlich zehn überregional bekannte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, unter ihnen der israelische Historiker Moshe Zimmermann, öffentlich gegen den originalgetreuen Wiederaufbau gewendet. Der Haupteinwand dieser Gegner des Wiederaufbaus lautet, dass die „historisierende Rekonstruktion das Resultat verbrecherischer Handlungen unsichtbar“ mache und „die Erinnerung an dieses Verbrechen erschwert“. Daher könne eine Rekonstruktion kein Zeichen für einen Sieg über den Nationalsozialismus sein, sondern erzeuge vielmehr die Illusion, „es sei nie etwas geschehen“. So auch der Berliner Soziologe Michal Bodemann, der in der Aprilausgabe der *Blätter für deutsche und internationale Politik* die Feierlichkeiten zu 1 700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland kritisiert: „Für die gesellschaftliche Mitte in Deutschland bleiben die Juden ein unergründlicher und zugleich tabuisierter Teil der deutschen Geschichte – selbst nach 1700 einer angeblich durchgängigen deutsch-jüdischen Geschichte.“

Eine Geschichte, die es schon alleine deswegen nicht gegeben haben kann, weil Deutschland vor 1700 Jahren noch gar nicht existiert hat. Immerhin ist die Anwesenheit jüdischer Gemeinden – sieht man von Konstantins Edikt aus dem Jahre 321 ab – im deutschsprachigen Raum seit dem frühen Mittelalter, in Hamburg seit 1590 bezeugt. Dort verfügt die in der Nazizeit zerstörte jüdische Gemeinde über eine neue, 1960 eingeweihte Synagoge an der Hohen Weide, die das niedergebrannte Gebäude am Bornplatz ersetzt. Dazu schrieb der früh aus Israel nach Hamburg zurückgekehrte, die dortige Gemeinde prägende Künstler und Publizist Arie Goral (1909 – 1996): „Mit dem Bau der Synagoge wurde dem Geschichtsmosaik der Jüdischen Gemeinde in Hamburg ein neuer Stein der Erneuerung und der Bewahrung der Tradition hinzugefügt.“

Um Erneuerung und Bewahrung der Tradition geht es aber auch all jenen Jüdinnen und Juden, denen es – bei aller biografischen und herkunftsbezogenen Diversität – derzeit darauf ankommt, die dauerhafte jüdische Präsenz im deutschsprachigen Raum zu bezeugen. Ist doch das Judentum seit Anbeginn eine Religion des Gedenkens, wie schon sein Festkalender von Freuden- und Trauertagen unschwer beweist. Mehr noch:



Im Judentum ist die Dialektik von Kontinuität und Bruch durchaus lebendig – was nicht zuletzt für die neueste Geschichte gilt. So wird in Israel seit 1951 der „Yom ha Shoah“ begangen, der an die sechs Millionen Ermordeten erinnert – ein Tag, an dem im ganzen Land die Sirenen heulen und das öffentliche Leben stillsteht.

Seit wann also ist jüdisches Leben im deutschsprachigen Raum tatsächlich bezeugt? Urkundlich klafft zwischen dem Edikt des Kaisers Konstantin und frühmittelalterlichen Quellen eine Lücke von etwa fünfhundert Jahren, archäologische Quellen, etwa die Mauern von Synagogen, Friedhöfen oder jüdischen Ritualbädern, den „Mikvoth“, lassen sich frühestens ins achte Jahrhundert datieren. Aus dieser Zeit auch stammen Dokumente aus der Regierungszeit Karls des Großen über einen jüdischen Gesandten zum Kalifen Harun al Raschid in Bagdad sowie Bestimmungen, unter welchen Bedingungen Juden einen Eid gegen Christen ablegen dürfen. Jüdische Geschichte im deutschsprachigen Raum? In der jüdischen Tradition wird der deutschsprachige Raum, der bis weit ins Baltikum und nach Polen reichte und von dem die jiddische Sprache zeugt, als „aschkenasisch“ bezeichnet. Was aber bedeutet dieser Name, dieser Begriff „aschkenasisch“? Dieser von mittelalterlichen Rabbinern geprägte Begriff war zunächst ein in der Hebräischen Bibel verwendeter Name für geografische Regionen, genauer für Stämme, für die Kinder „Gomers“. In Genesis 10,3, Chronik 1,6 sowie Jeremia 51,27 werden mit diesem Namen Landschaften in der Nähe des heutigen Armenien und des oberen Euphrat genannt.

Später dann wurde das erste Siedlungsgebiet von Juden in Nordwesteuropa, vor allem an den Ufern des Rheins als „Aschkenas“ bezeichnet. Im babylonischen Talmud (Joma 10a) – einer Schrift aus der späten Antike – wird der biblische Gomer, der Vater des „Aschkenas“ erwähnt – dort geht es um die kriegerischen Konflikte zwischen Rom und Persien sowie um die Mitleidenschaft des Tempels zu Jerusalem. An der entsprechenden Stelle heißt es: „Gomer ist Carmania“ – worunter zunächst ein Küstenstreifen am persischen Golf verstanden wurde. In rabbinischen Schriften wurde diese Region schließlich vor dem Hintergrund lateinischer Sprachkenntnisse der Rabbinen mit „Germania“ identifiziert. „Die Verwendung des Begriffs ‚Aschkenasisch‘“, notiert die *Encyclopedia Judaica*, „bezeichnet eine eigenständige kulturelle Einheit, die die Gemeinden Nordfrankreichs und der slawischen Länder umfasst, die zuvor als ‚Erez Kenaan‘ bekannt waren. Der Begriff kann in Quellen bereits ab dem 14. Jahrhundert nachgewiesen werden.“

Als erste gesicherte Bezeichnung dieser Regionen mit dem Namen „Aschkenas“ kann jedenfalls eine Bemerkung des berühmten mittelalterlichen Bibel- und Talmudkommentators Rashi (Rabbi Schlomo ben Jizchak 1040 – 1105) gelten, der mit „Aschkenas“ jüdische Siedlungsgebiete am Rhein meinte; ein weiterer Rabbi, Eliezer ben Nathan, unterschied dann im frühen 12. Jahrhundert genau zwischen „Zorfatim“ und „Aschkenasim“, das heißt zwischen Franzosen und Deutschen. Damit steht fest, dass die Bezeichnung „Aschkenasim“ seit dem hohen Mittelalter auf Juden angewendet wurde, die in deutschsprachigen Gebieten lebten. Briefe aus syrischen und byzantinischen jüdischen Gemeinden weisen übrigens die Bezeichnung „aschkenasisch“ für christliche Kreuzfahrer aus.

Freilich war die Präsenz jüdischer Gemeinden am Rhein alles andere als gesichert: Schon im Hohen Mittelalter begann die durch Pogrome verursachte, in aller Regel völlig unfreiwillige Wanderung der aschkenasischen, am Rhein lebenden Juden: zunächst in das Gebiet des heutigen Polen, sodann bis nach Russland, von Litauen im Norden bis nach Moldawien im Süden. Der Historiker Frantisek Graus ist den Ursachen dieser Wanderung nach Osten in seinem Buch *Pest-Geissler-Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit* im Einzelnen nachgegangen. Seine Studie schildert akribisch Anlässe, Verlauf und Folgen der Ermordung und Vertreibung von Juden aus den deutschen Landen, namentlich den Reichsstädten. „Mindestens dreihundert Gemeinden“, so auch der Historiker Mordechai Breuer, „wurden in dieser Zeit vernichtet, und die betroffenen Städte gelobten für alle Zukunft, keine Juden mehr zuzulassen. Jedoch verging nicht viel Zeit, bis die Städte nacheinander, trotz anderslautender Beschlüsse, Juden wieder aufnahmen.“ Und so fort – es würde zu weit führen, den stetigen Wechsel von Vertreibungen, Wiederansiedlungen und erneuten Vertreibungen im Einzelnen aufzuführen.

Eine halbwegs kontinuierliche Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland lässt sich überhaupt erst seit dem Barockzeitalter erzählen: Das von Mordechai Breuer und Michael Graetz herausgegebene Standardwerk zur Geschichte der Juden in Deutschland umfasst vier Bände mit insgesamt etwa sechzehnhundert Seiten und trägt nicht von ungefähr den Titel *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*. Im ersten Band – er umfasst die Zeit von 1600 bis 1780 – geht es sowohl um die Tradition des sogenannten barocken Hofjudentums sowie – vor allem – um die seit Moses Mendelssohn um sich greifende jüdische Aufklärung, die „Haskala“, die einen ihrer Höhepunkte in den Berliner Salons der Rahel Varnhagen,

Henriette Herz und Dorothea Schlegel, der Tochter Moses Mendelssohn, fand.

Schon damals nahm der Frühantisemitismus bedrohliche Formen an, um sich fünfzig Jahre später weiter zu verschärfen. Denn: Mit – oder wegen? – der Gründung des Deutschen Reiches durch Otto von Bismarck im Jahr 1871 trat der Judenhass in Deutschland in eine neue Phase, indem er neue, zeitgemäße, organisierte Formen annahm. An dieser Form des Judenhasses waren weite Teile des protestantischen Bildungsbürgertums wesentlich mit beteiligt. Verstand sich doch das 1871 von Bismarck gegründete Reich in seiner Abwehrhaltung gegen sozialistische Arbeiterbewegung, katholischen „Ultramontanismus“ und als „jüdisch“ bezeichneten Liberalismus als deutsch und protestantisch.

Bei alledem war das 1871 neu gegründete Deutsche Reich – was die Entwicklung von Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft betraf – von hoher Neuerungskraft. Allerdings ließ die schwere ökonomische Krise der Neunzigerjahre des 19. Jahrhunderts den damit verbundenen Fortschrittsglauben verblassen und gab einer tiefgreifenden Kulturkritik Raum.

Diese Kritik stellte Urbanisierung, Kapitalisierung, Szientifizierung, aber auch Militarismus, Bürokratie und nicht zuletzt die soziale Frage ins Zentrum und schlug unter gebildeten Protestanten schon deshalb besonders durch, weil sie – wie keine andere gesellschaftliche Gruppe unter dem Einfluss von Luthers Antijudaismus stehend – das Scheitern der im Kulturprotestantismus entwickelten Synthese von moderner Kultur und Innerlichkeit erfahren hatten.

### **Judenhass im Verein**

Vor diesem Hintergrund entstanden in den 1880er-Jahren verschiedenste Gruppierungen und Parteien, die ihr wichtigstes Ziel darin sahen, gegen die Juden als Inbegriff des Liberalismus zu agitieren; die modernsten unter ihnen verabschiedeten sich dabei vom traditionell kirchlichen Antijudaismus und stellten sich – vermeintlich naturwissenschaftlich aufgeklärt – auf den Boden von Rassen- und Sprachwissenschaft: So prägte der Journalist Wilhelm Marr 1879 zum ersten Mal den Begriff „Antisemitismus“ mit dem ausdrücklichen Interesse, die Frage der Juden nicht mehr vom „confessionellen Standpunkt“ aus zu betrachten.

Im neuen Reich fand dieser weltanschauliche Judenhass in sich selbst so

bezeichnenden „Antisemitenvereinen“ seinen Ort. Diese Vereine wurden von politisch interessierten, weit rechts stehenden Intellektuellen gegründet: Genannt seien nur der Göttinger Theologe Paul de Lagarde sowie der erwähnte Publizist Wilhelm Marr. Grundlage dieser – nun rassistischen – Form der Judenfeindschaft war der Anspruch, eine „deutsch-christliche“ Kultur wider die Kräfte der Moderne zu verteidigen, sie war auch und gerade im politischen Milieu des organisierten Protestantismus in der Nachfolge des antisemitischen Hofpredigers Wilhelms II., Adolf Stoeckers, des Begründers der „Christlich-sozialen Bewegung“, prominent. An dieser Stelle ist nicht zu erläutern, auf welchen Wegen diese Geisteshaltung in die industrielle und handwerkliche Ermordung von sechs Millionen jüdischer Frauen, Männer und Kinder mündete – wohl aber zu fragen, in welcher Kontinuität sich die nach der Katastrophe, seit 1945 neu entstandene jüdische Gemeinschaft in Deutschland sieht.

Ursprünglich, unmittelbar nach 1945 aus wenigen aus der Emigration zurückgekehrten deutschen Juden sowie vor allem aus ostmitteleuropäischen Überlebenden, den „displaced persons“, bestehend, zählte diese jüdische Gemeinschaft vor Ende der 1980er-Jahre niemals mehr als etwa 30 000 Personen, was sich mit der Einwanderung vor allem sowjetischer Jüdinnen und Juden änderte. Während derzeit etwa 100 000 Jüdinnen und Juden förmlich in Jüdischen Gemeinden Mitglied sind, wird ihre Gesamtzahl – unter ihnen viele Israelis, die oft keine Mitglieder sind – auf etwa 250 000 geschätzt.

Mit Blick auf die erwähnte Hamburger Debatte ist auf jeden Fall festzuhalten, dass historisch-kulturelle Kontinuitäten, so auch die des Judentums in Deutschland, stets Narrative, also durch Erzählungen geschaffene Konstrukte, sind, was aber ihrer Wirklichkeit, Wahrheit und Wirksamkeit keinen Abbruch tun muss. Sind doch auch Häuser aus Stein, Holz oder Beton „nur“ Konstrukte und gleichwohl höchst wirklich. Das gilt aber auch für „Deutschland“ im Ganzen. Existiert doch „Deutschland“ – wenn überhaupt – frühestens seit dem achten Jahrhundert oder, um des Historikers Johannes Fried Einleitung in sein monumentales Werk *Die Anfänge der Deutschen. Der Weg in die Geschichte* zu zitieren: „Deutsch‘ war nicht zuletzt die Summe des Fremden, des Nicht-Deutschen, von dem es sich abgrenzte, das es nachahmte und sich aneignet[...]. Dein Name? Von außen aufgedrängt, Erinnerung an das einzig Vertraute in einem Meer von Fremdem.“

Für das Judentum – auch und gerade für das Judentum in Deutschland – gilt jedenfalls, was der Glaube der Hebräischen Bibel schon vor mehr als zweieinhalbtausend Jahren anbefahl: „*Nur hüte dich und achte gut auf dich selbst, damit du nicht vergisst, was deine Augen gesehen haben, und damit sie dir nicht aus dem Sinn kommen dein ganzes Leben lang. Und du sollst deinen Kindern und deinen Kindeskindern davon erzählen*“ (Deuteronomium 4,9).



Foto: privat  
Micha Brumlik ist emeritierter Professor für Erziehungswissenschaft. Er lebt in Berlin.

© **zeitzeichen** Juni 2021 Nr. 6

## Sehr deutsch im Heiligen Land Das Jeckes-Museum: Noch besteht Hoffnung für ein Stück deutscher Geschichte in Israel

Esther Gardei



Das Jeckes-Museum in Tefen nahe Haifa muss umziehen. Doch für eine angemessene neue Bleibe fehlt Geld.  
Foto: Jeckes-Museum

**Von den „Jeckes“, aus Deutschland geflohenen Juden in Israel, heißt es, dass sie deutscher als die Deutschen waren, bevor die Nazis sie zu Fremden erklärten. Das weltweit einzigartige Jeckes-Museum in Israel bewahrt ihre Erinnerungen auf. Doch das Museum braucht Geld, um**

## **neu anzufangen, berichtet die Journalistin Esther Gardei.**

Zwei Jeckes gehen am Strand von Nahariya spazieren. Auf einmal sehen sie, dass jemand im Wasser zu ertrinken droht und immer ruft „Hatzilu Hatzilu“ (auf Hebräisch: „Zu Hilfe“). Die beiden Jeckes sehen sich an. Da sagt der eine zum anderen: „Schwimmen hätte er lernen sollen, nicht Hebräisch!“ Witze dieser Art gibt es viele über die deutschen Juden, die „Jeckes“, die im Wesentlichen zur Zeit des Nationalsozialismus aus Deutschland nach Israel eingewandert sind. Viele von ihnen kamen aus der Not nach Israel und nicht aus zionistischer Überzeugung. Der Witz spielt darauf an, dass viele Jeckes – wenngleich sie sich mit preußischer Haltung sehr bemühten, gute Staatsbürger zu werden – in Israel doch auch ihre deutsche Kultur (oder Identität) bewahren wollten.

Das einzige Jeckes-Museum in Israel bewahrt ihre Erinnerungen auf, Habseligkeiten und „Schätze“, die sie aus Deutschland mitnehmen konnten. Sie zeigen die Zerrissenheit der Geflüchteten zwischen zwei Heimat. Von den Jeckes heißt es, dass sie „deutscher als die Deutschen“ waren, bevor die Nationalsozialisten sie zu „Fremden“ erklärten.

Das Museum erzählt von dieser Vergangenheit und gehört damit zu Deutschland, obwohl es bis vor Kurzem im Industriepark Tefen nahe Haifa in Israel gelegen war. Im Sommer 2020 geriet es in Gefahr, weil der bisherige Finanzier, Steff Wertheimer, die Finanzierung einstellte. Das Museum musste schließen und zeitnah umziehen. „Es brach mir das Herz“, sagte Ruthi Ofek, die das Museum dreißig Jahre geleitet hat. Jetzt zieht das Museum an die Universität in Haifa um, weil das Außenministerium im März überraschend eine Million Euro für die Rettung zur Verfügung gestellt hatte. Für die langfristige Bewahrung fehlen aber noch zwei Millionen Euro.

Stefan Ihrig hat sich im vergangenen Jahr der Sache angenommen. Sein Zentrum für Deutschland- und Europastudien unternahm mit Unterstützung des Universitätspräsidenten große Anstrengungen, die Sammlung in das Hecht-Museum der Universität Haifa zu integrieren. Das deutsche Außenministerium sagte im November 2020 etwa 200 000 Euro zu. Daraufhin sprangen aber andere potenzielle Spender ab. Wenn schon das Außenministerium hilft, muss ich mich ja nicht mehr finanziell engagieren, glaubten viele. Dabei reichen 200 000 Euro zwar für die einmalige Verpackung der Erinnerungsstücke in Umzugskisten und den fachgerechten Transport zur Universität. Aber um die Ausstellungsstücke zeigen zu können, ist auch ein Umbau der Universität nötig, um erst den

Platz im Hecht-Museum zu schaffen. Eine Million Euro wurden allein für den Umbau berechnet, die Bedingung für die langfristige Bewahrung.

### **Kostbare Gemälde**

Unter den Tausenden persönlichen Erinnerungen, Fotos und Briefen des Museums befinden sich auch kostbare Gemälde von Hermann Struck, Briefe von Freundinnen Hannah Arendts, Originalkompositionen von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Die Universitätsleitung kann nicht verantworten, diese Quellen in einem Keller in Pappkartons zu lagern, dem Verfall und dem Vergessen preiszugeben. Diese Gefahr ist in Israel und an seinen Universitäten groß: Gegenstände von historischem Wert können nicht sicher verwahrt werden, weil es an Raum und Geld fehlt.

Ihrig und seine Kollegen entwickelten ein Konzept für die fachgerechte Sicherung der Gegenstände und Erinnerungen des Jeckes-Museums. Das Ziel ist es auch, dass die Sammlung mit Leben gefüllt wird und Wissenschaftlern zur Verfügung gestellt werden kann. Aktivitäten zum Fundraising wurden ins Leben gerufen. Neben recht schnell gefundenen israelischen Sponsoren unterstützte die Hecht-Stiftung der Universität die Initiative. Der DAAD sicherte die Finanzierung einer Archivarin für die nächsten zehn Jahre zu und erkannte als erste deutsche Organisation den Wert der Sammlung für die Wissenschaft. Hans-Georg Soeffner, Mitglied im DAAD-Beirat der Universität Haifa und der Universität Jerusalem, engagierte sich sehr für die Rettung. Medien berichteten und forderten auch deutsche Politiker öffentlich zu Hilfe auf.

Doch am Ende fehlten noch Anfang 2021 eine Million Euro für die bauliche Veränderung des Museums der Universität Haifa für die zumindest teilweise Unterbringung der 400 Quadratmeter Ausstellungsfläche erfordernden Sammlung auf dem Campus. „Eine Million ist erst einmal viel Geld, aber keine große Summe im Verhältnis zu dem Verlust, den der Verfall der Erinnerungen mit sich bringen würde“, sagt Andreas Nachama, der als Vorsitzender der Allgemeinen Deutschen Rabbinerkonferenz das Projekt mit unterstützt. Wenn die restlichen Mittel nicht gefunden werden, wäre es auch ein Verlust für die deutsch-jüdisch-israelische Freundschaft, die es inzwischen – dem Holocaust zum Trotz – wieder gibt.

Es gab sie aber auch, die deutsch-jüdische Geschichte – und Juden, die gern in Deutschland lebten. Viele waren stolz auf Deutschland, die deutsche Kultur und ihre deutsche Heimat. Viele jüdische Deutsche verließen

Deutschland nur widerwillig und wurden auch erst durch die Verfolgung durch die Nazis dazu gezwungen, über ihr Jüdisch-Sein nachzudenken. So war es beispielsweise bei der großen Gelehrten Hannah Arendt.

In der Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft organisieren sich die „Jeckes“ in Israel bis heute. Sie unterstützte die Einwanderer zur Zeit des Nationalsozialismus. Der Verein gibt Zeitungen heraus und hilft den Jeckes bei der Organisation ihrer Lebensaufgaben, zum Beispiel bei der Suche nach einem Altenheim. Und der Verein unterstützt das Jeckes-Museum, das die Erinnerungen der Vorfahren bewahrt.

„Die Erinnerungen zeigen diese ganze Ambivalenz der deutschen Juden in Israel“, sagt Museumsleiter Ruthi Ofek. Die Jeckes halfen beim Aufbau des israelischen Staates, vermissten aber auch das Leben in Deutschland. Und sie prägten andererseits als Deutsche auch den Aufbau des Staates Israel. So brachten die Jeckes das humanistische Bildungsideal mit nach Israel, woran Israel Shiloni, der Gründer des Jeckes-Museums in den 1980er-Jahren, erinnerte: „Erst durch die Repressionen der Nazis sind wir uns unserer jüdischen Kultur wieder bewusst geworden“. Und „bis die Nationalsozialisten an die Macht kamen“, sagte er rückblickend, „hatte es eigentlich kein jüdisches Eigenleben mehr gegeben – wir waren Deutsche mit Herz und Seele“.

Israel Shiloni, ursprünglich Hans-Herbert Hammerstein und Gründer des Jeckes-Museums, wurde 1901 in Berlin geboren. Bei Gründung des Museums 1971 hieß er bereits Israel Shiloni. Wenn einmal keine Jeckes mehr leben, dachte er, muss es einen Ort geben, der ihre Geschichte erzählt. Deutsche wie Israelis haben ihm viel zu verdanken. Mit Shilonis Tod 1996 wurde vielen schmerzlich bewusst: Irgendwann werden keine Zeitzeugen mehr leben.

Nach dem Ersten Weltkrieg und unter dem Eindruck des wachsenden Zionismus hatte sich Hammerstein dieser Bewegung verschrieben. Bei einem ersten Versuch 1927, in „Eretz Israel“ Fuß zu fassen, lernte er seine erste Frau kennen. Die beiden kamen nach Deutschland zurück, und Hammerstein arbeitete als Lehrer, unter anderem in Bonn. Hier leitete er von 1934 bis 1937 eine jüdische Schule. Die befand sich dort, wo heute das Bonner Juridicum steht. Mit der Gründung einer privaten jüdischen Schule 1934 wollte er seinen Schülern öffentliche Kränkungen und Demütigungen ersparen.

Hammerstein brachte seinen Schülerinnen und Schülern bei, dass



sie stolz sein könnten auf ihre jüdische Herkunft und Religion. Er war ein kreativer und mutiger Mann. Gemeinsam organisierte er mit seinen Schülern im Klassenzimmer Ausstellungen über jüdisches Leben. Der Musikunterricht stand „im Dienste der Ausgestaltung aller Schulferien, z.B. Chanukka, Purim etc.“, wie man in den Akten des Bonner Archivs zur Unterrichtsgestaltung nachlesen kann. Für den Naturkundeunterricht untersuchte man Bäume nahe der Schule, wie die Ahornbäume, deren Nachkommen noch heute dort stehen, oder er ging mit den Schülern an den Rhein, den Hammerstein liebte. 1937 dann verließ Hammerstein Bonn und wurde Lehrer in Stettin. Nach der Pogromnacht am 9. November 1938 wurde er ins Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert und misshandelt. Durch seine Auswanderung gelang es ihm, der Vernichtung zu entkommen. Im Sommer 1939 floh er nach England, seiner Frau und den beiden Kindern gelang die rechtzeitige Flucht aber nicht mehr. Kurz nach Beginn des Krieges wurde die Stettiner Gemeinde nach Polen verschleppt. Dort wurde sie ausgelöscht. Wie auch die Familie Hammerstein.

Hans-Herbert Hammerstein gelangte über das Dunera-Internierungslager in der australischen Wüste nach Palästina. Hier lernte er seine zweite Frau Miryam kennen, deren Namen „Shiloni“ er annahm. Den Namen „Israel“, den die Nationalsozialisten den deutschen Juden gegeben hatten, behielt er. Es wäre wohl zu schmerzhaft gewesen, den Namen „Hammerstein“ zu behalten.

### **Kontakt abgelehnt**

Bis in die 1960er-Jahre lehnte Shiloni den Kontakt zu Deutschen ab. Dies berichteten mir Freunde Shilonis, wie Gideon Botsch, Historiker und Sohn von Jael Botsch-Fitterling, der in Berlin lebt. Dessen Vorfahren waren ebenfalls aus Deutschland nach Israel eingewandert, um der Verfolgung zu entkommen. Viele – wie Familie Botsch – kannten Shiloni und erinnern sich gut an ihn. Sie haben die Wandlung von Shilonis Verhältnis zu Deutschland noch miterlebt. In den 1980er-Jahren nahm er in Bonn an Begegnungstagen teil und berichtete öffentlich über seine Erlebnisse: Nach 52 Jahren kehrte er zurück und traf seine ehemaligen Schüler wieder, die aus aller Welt nach Bonn gekommen waren.

Im Jahr 1988 schrieb er in einem Brief an eine deutsche Bekannte über sein Museum in Israel: „Dass die Bundesrepublik unser Museum ignoriert, sogar bei ausgesprochenen Bildungsreisen, das ist katastrophal. Alle deutschen Botschafter waren schon bei mir und stets sehr beeindruckt,

haben aber anscheinend auf die Heimat selbst keinen Einfluss ...“. Der Brief zeugt davon, dass Shiloni es mit seinem Museum so schwer hatte wie die Jeckes bei ihrer Ankunft in Israel. Auch weil sie diesen Teil der Geschichte erzählen, sind die von ihm zusammengetragenen Erinnerungen so wertvoll. Sie zeugen nicht nur von der Zerrissenheit der Einwanderer zwischen ihrer alten Heimat Deutschland und der neuen Heimat Palästina. Sie belegen auch die Schwierigkeiten der Jeckes nach der Einwanderung – und helfen, ihre Identitätskonflikte zu verstehen, die mit den Problemen anderer Migranten vergleichbar sind.

Die Lage der Jeckes aber war ganz besonders. In Palästina begegnete man den deutschen Einwanderern unter anderem deshalb mit Vorurteilen, weil sie die deutsche Sprache, also die der NS-Täter, mitbrachten. „Allein der Begriff ‚Jecke‘ bezeugt diese Konflikte: Osteuropäische Juden hatten ihn schon vor der NS-Zeit eingeführt und übernahmen ihn in Palästina, um die deutschen Juden als überheblich und arrogant zu beleidigen“, sagt Ofek. Der Spitzname „Jecke“ kam ursprünglich wohl daher, dass sie keine Kaftane, sondern Jacketts trugen und sich – so sagt man – weigerten, diese sogar bei größter Hitze abzulegen. Inzwischen ist der Begriff positiv konnotiert: Er steht für ihre geschätzten preußischen Tugenden wie Höflichkeit, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Der Beitrag der Jeckes zur Gesellschaft und Geschichte Israels, zur israelischen Kultur und Medienlandschaft wird allgemein gewürdigt.

Als sich Anfang 2021 abzeichnete, wie schwer es sein würde, das Jeckes-Museum zu retten, glaubten Ofek und Ihrig, dass man den Beitrag der Jeckes in Deutschland weniger schätzt als in Israel. Die deutschen Versprechen und Hoffnungen wirkten wie ein Hinhalten. Es schien ihnen, als würden das Jeckes-Museum und die Finanzierung durch Vertröstung fallen gelassen. Gefühlt jeder wollte das Museum retten oder verwies auf einen anderen, der noch besser helfen konnte.

### **Bürokratische Hürden**

Tatsächlich gab es viele, die sofort geholfen hätten: Vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, dem Antisemitismusbeauftragten der Bayrischen Staatsregierung, Ludwig Spaenle, bis zu Bundestagsabgeordneten und Politikern fast aller Parteien wie Michelle Müntefering bekundeten alle ihre Solidarität oder kündigten konkrete Hilfe an. Michaela Engelmeier und Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wurden aktiv. Der Bundestagsabgeordnete Klaus-Dieter Gröhler legte sich besonders ins Zeug für die Rettung der

Sammlung. Die Situation des Jeckes-Museums berührte ihn, und er engagierte sich.

Die eine Million Euro ermöglicht jetzt den Umzug. Gerettet ist die Sammlung aber noch immer nicht. Dabei sind sich alle Unterstützer offenbar einig: Zwei weitere Millionen für den fachgerechten Erhalt dieser so wichtigen Sammlung sollten keine unüberwindbare Hürde sein. Wo liegt also bis heute das Problem?

Das Problem bei der Förderung durch die öffentliche Hand Deutschlands besteht darin, dass es sich um ein Museum zur deutsch-jüdischen Geschichte in Israel handelt. Aus bürokratischer Sicht vielleicht einleuchtend, aus historischer Sicht absurd. Die meisten Satzungen deutscher Stiftungen wie auch die Vorgaben von Privat Spendern oder Politikern im Bundestag sehen lediglich eine Unterstützung von Projekten in Deutschland vor.

Auch der Bundespräsident unterstützt die Rettung des Jeckes-Museums, wie mir sein Mitarbeiter in einem Brief versicherte, lehnt aber die Schirmherrschaft ab. Wohl nur das Außenministerium kann helfen. Es wird das Museum voraussichtlich auch weiterhin unterstützen und die langfristige Bewahrung sichern. Ihrig und seine Kollegen hoffen auf eine zügige Zusicherung der restlichen zwei Millionen Euro, damit die Erinnerungen der Jeckes langfristig bewahrt und mit akademischem Leben gefüllt werden können. Viele Formen der weiteren Zusammenarbeit könnten um die Sammlung entstehen. Das wäre in Israel Shilonis Sinne gewesen.



Foto: privat  
Esther Gardei ist Journalistin und wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Bonn.

© **zeitzeichen** August 2021 Nr. 8

**Gerne können Sie mit einer Spende mithelfen dieses wichtige Erbe zu erhalten:**

Kontoinhaber: Deutscher Fördererkreis der Universität Haifa e.V.

Warburg Bank Hamburg

IBAN DE71 2012 0100 1000 271144

Verwendungszweck: Jeckes Museum

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich im Auftrag des Vorstandes der Gesellschaft für chr.-jüd. Zusammenarbeit Nds.- Ost e.V.

Verantwortlich für den Inhalt: Siegfried Graumann,  
Auf dem Brink 9, 38112 Braunschweig - Tel.: 0531 322264

**Bankverbindung:**

**Braunschweigische Landessparkasse BIC: NOLADE2HXXX (BLZ 250 500 00)**

**Kontonummer IBAN: DE78 2505 0000 0007 0308 02 (7030802)**

Die Gesellschaft für chr.-jüd. Zusammenarbeit Nds.- Ost e.V. ist gemäß dem Freistellungsbescheid des Finanzamtes BS-Wilhelmstraße vom 21.03.2014 als Körperschaft berechtigt, „entsprechende Zuwendungsbestätigungen für steuerliche Zwecke auszustellen“.

Für Geldzuwendungen bis 100.- Euro gilt der Überweisungsträger als Beleg.

eMail: [info@gcjz-niedersachsen-ost.de](mailto:info@gcjz-niedersachsen-ost.de) Internet: [www.gcjz-niedersachsen-ost.de](http://www.gcjz-niedersachsen-ost.de)

Zuschriften, Anregungen und Beiträge sind erwünscht.

**Redaktionsschluss für den nächsten Rundbrief ist der  
Januar 2022**

☞ Termine ☞ Termine ☞ Termine ☞ Termine ☞ Termine ☞ Termine

**Gesprächskreis**

☞☞ **Gemeindehaus St. Katharinen**  
**An der Katharinenkirche 4**  
**38100 Braunschweig**

**Die Treffen sind jeweils um 16.00 Uhr.**  
**Gäste sind, wie immer, herzlichst willkommen.**  
**Der Eintritt ist frei.**

**Dienstag, 16. November 2021**



**„Der Niedersächsische Landesbeauftragte gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, Herr Dr. Franz Rainer Enste, stellt seine Arbeit, die Situation in Niedersachsen sowie die Herausforderungen im Kampf gegen Antisemitismus vor.“**

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 15. Oktober 2019 Herrn Dr. Franz Rainer Enste zum Niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens berufen.

Dr. Enste (geb. 1953) ist ausgebildeter Jurist und war lange Jahre Leiter

der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Landtags sowie Sprecher der Niedersächsischen Landesregierung.

Der Landesbeauftragte Antisemitismus ist der zentrale Ansprechpartner für die jüdischen Verbände in Niedersachsen sowie für alle hier lebenden Menschen jüdischen Glaubens. Er unterstützt die Interessen der jüdischen Verbände in Richtung der Landesregierung, entwickelt Empfehlungen zum Umgang mit Antisemitismus und sensibilisiert möglichst viele Niedersächsinnen und Niedersachsen für das Thema Antisemitismus.

**Dienstag, 21. Dezember 2021**



*Jehi ' Or - Jüdisches Bildungswerk für  
Demokratie - gegen Antisemitismus*

Licht für Demokratie - Licht gegen  
Antisemitismus!

Dies sind die Schwerpunkte der Projekte in unser  
Bildungsarbeit, denn

Jehi 'Or bedeutet "Es werde Licht"



Unser heutiger Gast, **Anastassija Kononowa**,  
wird uns die Arbeit von »Jehi 'Or« Jüdisches  
Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus  
gUG (haftungsbeschränkt) vorstellen. Jehi 'Or ist ein  
jüdischer Träger für politische Bildung,  
Prozessbegleitung, Beratung und Information.

Sie ist dem Ziel verpflichtet, das demokratische Gemeinwesen und das bürgerschaftliche Engagement für die Werte und Normen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zu stärken sowie Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegen zu wirken.

**Dienstag, 18. Januar 2022**

Gast und Thema des Nachmittags standen bei Redaktionsschluss leider noch nicht fest.



## ☞☞☞ Save the Date

Konzert zum

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Donnerstag 27. Januar 2022 um 19.00 Uhr

St. Katharinenkirche Braunschweig, Hagenmarkt



### Quartetto Con Piacere

Bei dem etwa einstündigen Programm erklingen Werke von

Henning Bundies - „Passacaglia“,

von Ernst Bloch - „From Jewish Life“

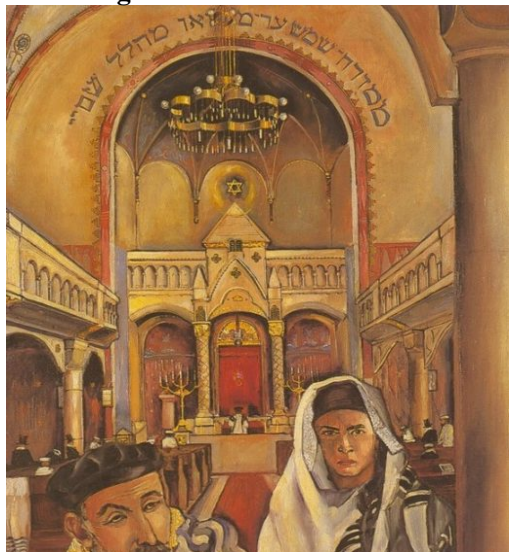
sowie von Felix Mendelssohn-Bartholdy das Streichquartett a-moll op.13 .

**Eintritt frei um Spenden wird gebeten**



## 1.700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland

### Eine Frage der Baukultur



Felix Nussbaum mit einem Kantor in seiner Synagoge  
in Osnabrück, 1926

Die wechselvolle Geschichte des Jüdischen Lebens ist ablesbar an ihren Bauten in der Stadt und auf den Dörfern, die bis heute überdauert haben. Eine Spurensuche.

von Julia Greipl

Die zwei Männer blicken uns sorgenvoll an, so scheint es. Sie geben den Blick frei auf eine Innenansicht mit Säulen, Würfelp kapitellen und Rundbögen. Beim flüchtigen Blick könnte man eine romanische Kirche vermuten. Denn die hebräischen

Schriftzeichen auf dem Triumphbogen sieht man vielleicht erst beim

zweiten Hinsehen. Das Gemälde zeigt die 1906 eingeweihte neoromanische Synagoge von Osnabrück, Felix Nussbaum malte sie zwanzig Jahre später.

Viele Feiern in diesem Jahr widmen sich der Tatsache, dass seit 1.700 Jahren Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland leben – und bemerkenswerte Bauten geschaffen haben: Ob die Ballinstadt in Hamburg, der jüdische Friedhof in Berlin Weißensee, Krankenhäuser, Synagogen und Keller-Mikwen (Tauchbäder) – jüdische Architekten waren überall maßgeblich beteiligt. 2021 laden viele Synagogen zu Besuchen, Führungen und Veranstaltungen ein. Es ist ein Festjahr, denn im Jahr 321 gestattete Kaiser Konstantin, der sich für das Christentum als Staatsreligion im Römischen Reich entschieden hatte, den jüdischen Bewohnern Kölns immerhin die Ausübung städtischer Ämter.

### **Frühe Gemeinden**

Das Bild der Synagoge im Vorkriegs-Osnabrück gewährt uns einen Einblick in jüdische Baukunst jener Zeit. Ob in Osnabrück, Hannover, Dresden und Köln, Frankfurt, Hamburg, München und Berlin: In diesen und anderen Städten wurden Synagogen im Stil der romanischen Kaiserdome von Mainz, Worms und Speyer errichtet. Dieser neue, neoromanische Stil verband in besonderer Weise den erwachenden Patriotismus der damals in Deutschland lebenden Juden mit der örtlichen Architektur und ist Ausdruck der Vielfalt, mit der in den jüdischen Gemeinden gebaut wurde. In anderen Städten wie Dortmund, Leipzig oder abermals in den großen Gemeinden von Berlin und Köln entstanden Synagogen, mit denen Juden sich zum Ursprung ihrer Religion aus dem Orient bekannten. So entstanden dort Synagogen im neoislamischen Stil.

Überall prägten Synagogen im 19. und 20. Jahrhundert das Stadtbild mit: Historisierend oder auch zeitgenössisch, wie mit der Jugendstilsynagoge von Görlitz, einem langjährigen Förderprojekt der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (DSD). Aber: „Jüdische Architektur gibt es nicht als essenzielle Kategorie, also aus sich selbst heraus jüdische Baukunst“, wie Dr. Ulrich Knufinke (50), wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bet Tfila-Forschungsstelle für jüdische Architektur an der Technischen Universität Braunschweig sagt. „Es gibt aber immer wieder jüdische Architekturen, also Bauformen mit einer bestimmten Zugehörigkeit oder die in einer bestimmten Tradition stehen.“

Die Synagogen aus dieser Zeit sind Zeugnisse eines wiedererstarteten Judentums: Mit dem Emanzipationsedikt von 1812 wurden Juden zu „Einländern“ und preußischen Staatsbürgern erklärt und jüdische

Gemeinden blühten auf, es wurde tatsächlich wieder gebaut. Ihre neue Bewegungsfreiheit ermöglichte ihnen erstmals wieder ein Leben in den Städten, aus denen sie mehr als 300 Jahre zuvor vertrieben worden waren. Durch diese Ausweisung war eine rund tausendjährige Koexistenz von Christen und Juden in den Städten zu Ende gegangen. Obwohl sie immer eine Minderheit bildeten, konnten sie sich auch nach den Völkerwanderungen zunächst in den größeren Siedlungen wie den Bischofsstädten niederlassen. Dort lebten Juden vermutlich eher in losen Verbänden als in tatsächlichen Gemeinden. Erst für das 10. Jahrhundert in Mainz, dann in Trier, Worms, Speyer und Köln sind jüdische Gemeinden nachweisbar. Für die Entwicklung des Wirtschaftslebens waren sie von enormer Wichtigkeit. Das 1179 aufgestellte Verbot für Christen, Geld gegen Zinsen zu verleihen, sollte sich als Chance für jüdische Händler erweisen.

In diesem Klima bildete sich eine sichtbare jüdische Mittelschicht, die Häuser in den Stadtzentren erwarb und die Infrastruktur deutlich prägte. Bis 1350 wuchs die Zahl ihrer Gemeinden wie nie zuvor: Neben Synagogen mit Ritualbädern, den „Mikwen“, entstanden Brunnen, Schlachtereien und Bäckereien für die koschere Speisezubereitung. Der Grad der jüdischen Integration war hoch, so beauftragen Juden oft christliche Handwerker mit dem Bau ihrer Gemeindehäuser.

### **Die verschwundenen Synagogen**

Die ältesten Beispiele für Synagogen im Mittelalter, die romanischen Synagogen in Köln und Worms, sind gründlich untersucht und sogar digital aufbereitet. Von Regensburg gibt es eine detailreiche Radierung von Albrecht Altdorfer aus dem Jahre 1519. Meist handelte es sich wohl um einen längsrechteckigen, zweischiffigen Saal, gewölbt oder flachgedeckt. Die späteren gotischen Bauten waren oft kreuzrippengewölbt. Sie waren nach Jerusalem ausgerichtet, der Schrein zur Aufbewahrung der Thorarollen, der „Aron haKodesch“, war an der Ostwand untergebracht. Das Lesepult, die „Bima“, befand sich in der Raummitte. Formen und Ornamentik der Portale und Fensteröffnungen entsprachen denen der zeitgleich entstandenen Kirchen. Die Kapitelle der Alten Synagoge in Worms beispielsweise sind mutmaßlich Werke der dortigen Dombauschule. Mikwen waren im Hochmittelalter häufig, die von Andernach, Köln, Speyer, Worms und Erfurt sind noch erhalten.





Diesen Aufschwung beendeten in den Städten die Pestpogrome (Judenverfolgungen) im 14. Jahrhundert. Das meiste wissen wir somit nur aus Quellen und Zeugnissen, denn die wohl rund 400 Sakralbauten dieser Zeit wurden teilweise in christliche Kirchen umgewandelt, viel häufiger jedoch zerstört und abgerissen, entweiht und umgenutzt.

### **Hinterhofexistenz auf dem Land**

Anfang des 16. Jahrhunderts war jüdisches Leben in den meisten deutschen Städten erloschen. Viele Juden wanderten aus, beispielsweise ins benachbarte Königreich Polen. Die in Deutschland Verbliebenen suchten Zuflucht auf dem Land, wo sie in einigen Dörfern bald die Hälfte der Bevölkerung

ausmachten. Aber ihr Gemeindeleben fand buchstäblich in den Hinterhöfen statt. Meist wurde nur ein Betraum in bestehenden Gebäuden wie Wohnhäusern, Ställen oder Werkstätten eingerichtet. So lebten kurz vor dem



Veitshöchheim

© HGVorndran / SchalomNet

Dreißigjährigen Krieg in Deutschland vermutlich

nur noch etwa 10.000 Juden. Viele wurden zu Abgaben gezwungen.

Anderen jedoch gelang durch Handel und Geldgeschäfte der wirtschaftliche Aufstieg. Dass diese ländlichen Gemeinden trotzdem weiterhin gut funktionierten, wird wohl mit dem jüdischen Gebot der Mildtätigkeit zu tun gehabt haben. Juden kümmerten sich, auch gemeindeübergreifend, umeinander. So konnte sich im thüringischen Schmalkalden wieder eine Gemeinde bilden, die 1622 eine Synagoge errichtete. Unweit der Synagoge fand man bei Erdarbeiten kürzlich eine Keller-Mikwe, wie sie überwiegend Frauen für die rituelle Reinigung nutzten. „Das frühneuzeitliche Tauchbad mit mehreren Becken ist außergewöhnlich gut erhalten, auch die qualitätvolle Verarbeitung der Sandsteine ist beeindruckend“, sagt Guido Siebert (54) von der DSD. Im fränkischen Schnaittach sind mit Synagoge, Mikwe und Rabbinerhaus wichtige Zeugnisse jener Zeit erhalten. Hier

ermöglicht heute ein Museum Einblicke in die jüdische Landkultur Süddeutschlands.

### **Das Zeitalter der Vernunft**

Nach dem Dreißigjährigen Krieg wuchs die jüdische Bevölkerung wieder. Das mag mit Zuwanderung aus Spanien und Portugal als Spätfolge der Inquisition mit ihren Zwangstaufen zu tun haben. Viele dieser Zuzügler durften sich in den Städten ansiedeln und trugen mit ihren oft internationalen Verbindungen zu deren Prosperität bei. Deutsche Territorialfürsten fühlten sich wohl deshalb veranlasst, das Leben der Juden durch sogenannte Judenordnungen zu regeln und zu schützen. In einigen wenigen Städten wie Krakau, Hamburg und Frankfurt bildete sich ein Mittelstand, dem auch die Errichtung neuer Synagogen gestattet wurde. Die Berliner „Residenzsynagoge“ ist Zeichen dieses Aufschwungs. Sie war ausdrücklich vom König gewünscht, um Hinterhof-Betsäle aufzulösen.

Wirklich tolerant wurde die christliche Mehrheit gegenüber der jüdischen Minderheit jedoch immer noch nicht. 1737 verfügte König Friedrich Wilhelm I., dass alle Berliner Juden, die kein Haus besaßen, in das „Scheunenviertel“ ziehen mussten. An dieser Haltung änderte auch die Aufklärung mit Gotthold Ephraim Lessing und Moses Mendelssohn nur wenig.

Die Idee einer „Vernunftreligion“ führte immerhin 1781 zum Toleranzedikt – sozusagen ein Vorgänger des eingangs erwähnten Emanzipationsedikts, und zu einer Verbesserung der Lage im 18. Jahrhundert. Neben den Städten entstanden auch in den Dörfern eigenständige Synagogenneubauten. Sie wurden überwiegend in Fachwerkbauweise als Saalbauten errichtet. Im westfälischen Telgte beispielsweise wurde Anfang des 18. Jahrhunderts ein kleiner Fachwerkbau von 1500 erweitert und zum jüdischen Betraum umgebaut, seine Instandsetzung förderte die DSD. Frauen mussten mittlerweile nicht mehr in einem abgetrennten Nebengebäude dem Gottesdienst folgen. Sie konnten nun unmittelbarer teilhaben, weil für sie Emporen eingezogen wurden. Womöglich schon 1740 wurde die Synagoge im mecklenburgischen Stavenhagen zusammen mit einem Gemeindehaus errichtet. Sie ist eine der wenigen erhaltenen jüdischen Einrichtungen Mecklenburgs und wurde mit DSD-Unterstützung saniert. Die Jüdische Gemeinde in Kirrweiler bei Speyer kaufte 1766 ein Grundstück, um sogar eine zweite Synagoge mit einer Mikwe zu erbauen. Zwischenzeitlich völlig verwahrlost, wird sie mit Hilfe der DSD wiederhergestellt. In Wörlitz konnte 1789 im Zuge des Zeitenwandels eine Synagoge als Rundbau in prominenter Lage im fürstlichen Park entstehen. Uneigennützig war dies

nicht, denn der Fürst brauchte den jüdischen Teil der Bevölkerung zur Belebung der Wirtschaft und deren Eid zur Sicherung seiner Macht.

Ganz auf der anderen Seite, im französisch besetzten Köln, gründete sich eine jüdische Gemeinde, die in einem säkularisierten Kloster ihr Bethaus einrichtete. Mehrere Synagogen-Neubauten, einer davon unter maßgeblicher Mitwirkung des Dombaumeisters, und eine Schule für die rasch wachsende Gemeinde folgten. In Hamburg entwickelte sich mit dem „Grindelviertel“ ein



Neoromantik in Köln, die Kölner Synagoge © HGVorndran / SchalomNet

Zentrum der jüdischen Gemeinde mit mehreren Synagogen, einer Schule, einem Waisenhaus und einem Friedhof. Auch in den Kleinstädten wurde rege gebaut, so wie im hessischen Romrod, dessen Synagoge mit Schule und Mikwe 1843 eingeweiht wurde. „Ihr Zustand außen und innen ist fast unverändert, weshalb dem Bau unter den Landsynagogen Hessens eine besondere architektonische und religionsgeschichtliche Bedeutung zukommt“, sagt Dr. Karin Gehrman, DSD. Seit der Instandsetzung wird hier die Geschichte des örtlichen Judentums dokumentiert.

### **Aufstieg und Ambivalenz**

Es folgte ein gutes Jahrhundert mit Freiheiten und Aufstiegschancen. So entstand ein starkes Bürger- und Bildungsbürgertum, aus dem viele Intellektuelle hervorgingen und das prägend war für seine Zeit. Ohne jüdische Wissenschaftler, Künstler und Literaten wäre die neuzeitliche deutsche Kultur nicht denkbar. Und Juden blieben nicht länger nur Bauherren von Gemeindebauten, im Gegenteil, sie gestalteten die Innenstädte und das Alltagsleben ihrer Bewohner maßgeblich: Man denke an die großen Kaufhäuser, mondäne Warentempel in städtischen Spitzenlagen, nicht selten von Star-Architekten geplant, technisch auf dem modernsten Stand und prägend für die Zeit.

Bei aller Gleichstellung – auch politisch – gab es doch auch immer wieder antijüdische Strömungen. Dennoch, das Vertrauen der Juden in den

Rechtsstaat war groß. Ein fataler Irrglaube, wie sich nicht erst nach 1933 herausstellte. Nach Nord und Südamerika, Großbritannien und Palästina emigrierten bereits nach dem Ersten Weltkrieg viele Juden, so dass 1933 nur noch eine halbe Million in Deutschland lebte, überwiegend in den Großstädten. Und sie mussten etwas erleben, dessen Bezeichnung sich auf die altbekannten Gräueltaten bezog: Bei den Pogromen im November 1938 wurden eintausend Synagogen und jüdische Einrichtungen in Brand gesetzt. Den ländlichen Gemeindegebäuden kam ihre Unauffälligkeit zugute, sie entzogen sich oft der Kenntnis der brandschatzenden Nazis.

### **Noch ein Neuanfang**

In Köln erließ Kaiser Konstantin 313 sein Edikt – und hier gelang 1945 abermals ein entscheidender Schritt. Am 11. April gründeten einige wenige Überlebende in der befreiten Stadt eine kleine jüdische Gemeinde, die erste nach dem Krieg. Seit den 1950er-Jahren konnten zahlreiche Synagogen-Neubauten in Deutschland eingeweiht werden. Von den etwa 2.800 Synagogen aus der Zeit vor 1933 sind nur wenige geblieben, die meisten wurden nach ihrer Zerstörung abgerissen oder umfunktioniert, einige waren nicht mehr als solche zu erkennen. Heute werden jüdische Gemeindehäuser sorgfältig restauriert, Gedenktafeln und Ausstellungen zur Erinnerung eingerichtet.

Sie sind zwar der deutlichste Verweis auf jüdische Bautätigkeit, aber nicht der einzige: Von den Friedhöfen sind die mittelalterlichen von Prag, Worms, Mainz, Köln und Ulm noch erhalten. Meist jedoch wurden sie mit der Vertreibung der Juden aus den Städten eingeebnet, ihre Steine anderweitig verbaut. Später entstanden wieder Begräbnisstätten, ihre Gebäude trugen dem rituellen Umgang mit dem Tod Rechnung: In Waschhäusern etwa wurden die Leichname für die Beisetzung vorbereitet. Diese Gebäude entwickelten sich im späten 18. Jahrhundert zu repräsentativen Trauerhallen weiter. Seit den 1950er-Jahren sind Friedhöfe offiziell geschützt. Sie, ebenso wie alle anderen Zeugnisse jüdischen Lebens, zu bewahren und instand zu halten, ist eine denkmalpflegerische, archivalische und – vor allem – eine mitfühlende Verantwortung. Die DSD fühlt sich dem verpflichtet und hat bislang die Rettung und Instandsetzung von mehr als 30 jüdischen Bauten gefördert. Annette Liebeskind, Leiterin der Abteilung Denkmalförderung, sagt dazu: „Durch unsere Hilfe tragen wir dazu bei, dass Orte jüdischen Lebens in Deutschland nicht nur Orte der Erinnerung sind. Vielmehr unterstützen wir aktive Gemeinden dabei, dass in diesen Denkmälern wieder Religion und Kultur gepflegt wird und kultureller Austausch stattfinden kann.“

Julia Greipl

© MONUMENTE (August-Ausgabe 2021), dem Magazin der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, Bonn